Ludwig, AfD: Wer war's denn nun?

Landkreis. Für einen Otto-Normalverbraucher wie mich ist es natürlich ein „heißes Ding", wenn man sich öffentlich über weltpolitische Vorfälle äußert. Man kann sich verrennen und blamieren, ganz klar. Eine Betrachtung mit Hinterfragung sollte jedoch erlaubt sein, auch deswegen, weil in den alternativen Medien so viel dazu diskutiert wird – in unserer Presse jedoch nicht.

Es geht natürlich um Syrien, es geht um Giftgas und es geht um den Vergeltungsschlag der USA. Aber der Reihe nach: Die Syrer fliegen einen Angriff auf Stellungen des IS. Es sterben Menschen durch Giftgas. Dass Giftgas eingesetzt wurde, behauptet bisher nur ein einziges türkisches Labor, wobei unklar ist, ob es für derartige Untersuchungen auch ausgerüstet ist, so stand es in der „Zeit". Die großen Medien verbreiten diese Meldung von der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London (ein 1-Mann-Büro!) jedoch ohne Zweifel. Assad sagt, er habe seine Bestände an chem. Waffen alle unter UNO Aufsicht abgegeben. Wir erinnern uns: Damals waren auch dt. Firmen als Zulieferer von Komponenten in diese Sache verwickelt. Assad weiter: Es könne jedoch sein, dass ein Waffendepot des IS mit Giftgas getroffen wurde und es deshalb austrat. Die Russen sagen so gut wie gar nix dazu. Jetzt kommen die USA und kündigen in Moskau einen Militärschlag gegen syrische Militärbasen an – ja, Putin wusste Bescheid, dass etwas passiert. Bemerkenswert war wieder die Begründung der USA – die ist immer gleich: Es würden die nationalen Sicherheitsinteressen der USA berührt und daher müsse man etwas unternehmen. Die USA könnten sich da auch mal etwas Neues einfallen lassen, oder?

Liebe Leser, weder ist klar, ob es einen Giftgaseinsatz überhaupt oder von syrischer Seite wirklich gegeben hat oder ob es eine Täuschung war – man kann fast gar nichts mehr glauben. Zu oft wurden wir schon medial belogen. Weiterhin bleibt festzustellen, dass die USA und deren Verbündete (auch wir) in Syrien illegal und völkerrechtswidrig operieren – ohne Auftrag der UNO oder Legitimation der syrischen Regierung. Ebenso wäre es wissenswert, inwiefern die Bombardierung einer Stellung des IS die US-Sicherheitsinteressen berühren und wie die großen Presseagenturen darauf kommen, dass alles so sei, wie sie es behaupten.

Wir wissen doch, unter welchen Lügen die USA 2003 in den Irak einmarschiert sind. Die Massenvernichtungswaffen von Saddam sind bis heute nicht gefunden worden. Man hat es dann auch irgendwann zugegeben, dass man Beweise vorgelegt hat, die gefälscht waren. Es gab keine Massenvernichtungswaffen. Also es war damals ein astreiner illegaler Überfall auf den Irak. Zudem konnte ein Zusammenhang zwischen Regime Saddam und dem 11.09.2001 ausgeschlossen werden – der hatte absolut nix damit zu tun. Trotzdem ist der IRAK heute instabil und völlig vom Bürgerkrieg zerrissen. Wem nutzt das? Das gleiche Spiel wurde leicht abgeändert in Libyen gespielt – heute ein Land im Chaos. Wem nutzt das?

Parallelen zu Syrien? Gibt es und doch gibt es sie nicht. Im Irak machte man sich noch die Mühe und fälschte Beweise. Jetzt in Syrien verzichtet man sogar auf die Vorlage von Beweisen und handelt aufgrund von unlogischen, fragwürdigen Behauptungen, welche so oft medial wiederholt werden, bis sie zur Wahrheit werden.

Weiterhin bemerkenswert an der Geschichte ist, dass der Stützpunkt zwar getroffen, aber die Landebahn unbeschädigt blieb, 6 Flugzeuge in Reparatur vernichtete man – und die Kantine. Einige Soldaten wurden getötet. Sieht so ein Militärschlag mit über 50 Tomahawks aus?

Fazit: Assad soll Giftgas eingesetzt haben – in einer Situation, in welcher er kurz vor dem Sieg über den IS steht. Da wäre er aber schön dämlich... Das glaube ich also persönlich nicht, da absolut unlogisch. Trump war innenpolitisch durch seinen Widersacher McCain stark angegriffen. Er brauchte ein Zeichen für die militärische Stärke der USA, um seine „Falken" zu beruhigen und zur Zustimmung zu zwingen. Das Ganze musste noch vor dem Besuch seines Außenministers in Moskau diese Woche geschehen. Das hat er gemacht. Wenn dem so ist, ist Trump ziemlich clever.

Uns erzählt man, wie böse Assad sei und Putin auch. Trump ist plötzlich gar nicht mehr so böse. Haben Sie es auch bemerkt, dass man Trump medial nicht mehr beschimpft?

Ein (1) Militärschlag und man ist in den Augen unserer Medien und unserer Regierung ein Held. Sonderbar, oder?

Und nun? Die Russen sitzen fest im Sattel in Syrien. Die USA ist präsent, Trump gestärkt.

Die Chinesen entsenden Marineeinheiten ins Mittelmeer – alles andere als beruhigend. Von Frieden keine Spur. Es sterben weiterhin Menschen. Es bleibt die Frage: Wem nützt das alles?

Torsten Ludwig
Alternative für Deutschland
Regionalverband
Hildburghausen

Anzeige

Warum in die Ferne schweifen?

Einrichtungs-Treffpunkt

Möbel nach Maß

tirolo Stuhlfabrik

Deutschlandweiter Vertrieb

von Eckbankgruppen und Stühlen in großer Auswahl!

über 700 m² Ausstellungsfläche

(Blick in einen der Ausstellungsräume)

Wir haben ständig 30 verschiedene Arten von massiven Holzstühlen auf Lager.
Sie können dabei aus 300 verschiedene Stoffarten wählen (ohne Aufpreis).
(Blick in das Lager in Streufdorf)

Ständig Superangebote
an **Anrichten**, **Vitrinen** und **Sideboards** in Echtholz (z.Bsp.: amerikanischer Nußbaum, Kernbuche), in **top Verarbeitung**.

Ca. **300** Stuhlmodellvarianten in jedem Farbton (ohne Aufpreis) mit passenden Tischen und Eckbänken nach Maß. **Eckbänke, Nischenbänke** (auch lfd. Meter) in verschiedenen Echtholzvarianten, in jedem gewünschten Holzfarbton und **Bezugsstoff** sowie **Sitzgruppen** und **Tische** in allen Größen. Auch Aufpolsterungen, Schaum- und Reststoffverkauf. *Wir beraten Sie gerne!*

(Blick in einen der Ausstellungsräume)

(Blick in einen der Ausstellungsräume)

Stühle • Essplätze • Tische • Gaststätteneinrichtungen
Untere Marktstr. 24a • 98646 Streufdorf • Tel.: 03 68 75 / 6 19 90 • www.tirolo-deutschland.de
Montag bis Freitag: *9.00 Uhr bis 18.00 Uhr* • ***Samstag:*** *9.00 Uhr bis 13.00 Uhr*

Gemeindegebietsreform - Hochzeit zu fünft?

Schleusingen. In der kürzlich stattgefundenen Mitgliederversammlung des CDU Ortsverbandes stand die neue aktuelle Situation zur Gemeindegebietsreform zu Debatte.

Mit Verwunderung nahm der Ortsverband zur Kenntnis, dass in der Frage der Gemeindegebietsreform und der Zukunft der Gemeinden Schleusegrund und Masserberg jetzt plötzlich im Innenministerium Aktionismus ausbricht und Druck auf die Gemeinden ausgeübt wird, einer fragwürdigen Eingemeindung von Schleusegrund und Masserberg nach Schleusingen in kürzester Frist die gemeindliche Zustimmung zu erteilen.

1. Der Ortsverband fordert das Innenministerium auf, dem schon lange beantragten Dreierbündnis von Schleusingen, St. Kilian und Nahetal Waldau jetzt endlich und zeitnah, ohne Nebenbedingungen, die Zustimmung zu erteilen.

2. Der Ortsverband sieht für den Stadtrat von Schleusingen keinerlei Handlungsbedarf für einen Eingemeindungsbeschluss von den Gemeinden Schleusegrund und Masserberg, so lange diese nicht der Eingemeindung per Beschluß zustimmen.

3. Selbst bei einem positiven Votum dieser beiden Gemeinden wären viele Fragen offen und bedürfen einer sorgfältigen Klärung, unbesehen, ob so ein Gemeindegebilde von allen gewollt, sinnvoll und zukunftsträchtig wäre.

Andreas Mastaler
Fraktionsvorsitzender der CDU

Ihre Familienanzeige preisgünstig bei uns
Südthüringer RUNDSCHAU
Tel.: (0 36 85) 79 36 - 0
Fax.: (0 36 85) 79 36 - 20

„Ideologie pur"

Hauptmann kritisiert Fusionspläne der Thüringer Linksregierung

Berlin. Im Zuge der geplanten Gebietsreform prüft das SPD-geführte Thüringer Innenministerium derzeit den Vorschlag, den Wartburgkreis und die Stadt Eisenach mit dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen zu fusionieren.

Der Südthüringer Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann (CDU) reagiert erneut mit Kritik auf dieses Vorhaben: „Ich spreche mich klar dagegen aus, dass Meiningen seinen Status als Kreisstadt verlieren soll. Der Landkreis ist wirtschaftlich erfolgreich, verwaltungstechnisch effizient und kann alle Aufgaben aus eigener Größe heraus erledigen", erklärt Hauptmann. „Zudem bedeutet Größe nicht gleich Stärke – ganz im Gegenteil: Durch die Auflösung und Zusammenlegung der bestehenden Landkreise werden vorhandenen Potenziale zerstört, die regionale Leistungskraft geschmälert und die kommunale Eigenverantwortlichkeit geschwächt."

Besondere Kritik erntet Landtagsabgeordneter Frank Kuschel (Die Linke), der die Thüringer Landräte im Rahmen der öffentlichen Diskussion zur Gebietsreform beschimpfte und ein Ende ihrer „Regentschaft" forderte.

Bundestagsabgeordneter Hauptmann dazu: „Da nach wie vor die wissenschaftliche Fundierung für die behaupteten Vorteile der Gebietsreform fehlt und der Protest gegen die Auflösung der Landkreise immer mehr anschwillt, scheinen die Nerven bei Linken und Co. langsam blank zu liegen. Anders sind die verbalen Entgleisungen Kuschels, der die Thüringer Landräte als Feudalherren hinstellt, die das Land ‚in Geiselhaft' gefangen halten, nicht zu erklären. Hier zeigt sich der gesamte ideologische Eifer, mit dem die SED-Nachfolger wieder zu zentralistischen Strukturen zurückkehren wollen. Diesem Projekt soll eine Vielzahl an gewachsenen, gut funktionierenden und wirtschaftenden Landkreisen zum Opfer fallen. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden. Ich bin eindeutig für den Erhalt unserer Kreisstädte und Landkreise, da ihre Auflösung viele Nachteile, und keine sichtbaren Vorteile bringen würde", so Hauptmann.

Büro Mark Hauptmann

Diskussion und Dialog als Weg zu einem zukünftigen tragfähigen Ziel

Leserbrief. Ein zukünftiges tragfähiges Gemeinwesen Masserberg wird derzeit umfassend eruiert. Leider erfahren die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dazu Fakten mehr oder weniger nur durch öffentliche Medien. Da bleiben viele Fragen offen.

In den vergangenen Jahrzehnten unterstützte der Freistaat Thüringen die Gemeinde wohl mit 62 Millionen, weitere Millionen sind angedacht. Aber wie sieht es mit den konkreten Ergebnissen in diesen Jahrzehnten über diese beachtlichen Hilfen in allen fünf Ortsteilen der Gemeinde Masserberg aus? Wie lange schon belasten verschiedene Insolvenzen diese Gemeinde und was sind die Ursachen dafür? Wer trug und trägt wirtschaftlichen Nutzen daraus? Wer wurde angesichts der Größenordnungen der Fehlentwicklungen zur Verantwortung gezogen?

Bei den anstehenden komplexen Entscheidungen stellt sich die unausweichliche Konsequenz, wie das verlorengegangene Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern in die bisherigen verantwortlichen Handlungsträger zukünftig wieder eingeordnet werden kann. Um eine positive Aufwertung in einer Tourismus-und Gesundheitsregion und ein vielbeachtetes Alleinstellungsmerkmal zu erreichen, sind solche gemeindlichen und gesellschaftlichen Turbulenzen eine ungeeignete Ausgangsbasis. Durch Sichtbarmachung der Problemfelder und der Beantwortung von Fragen könnte eine breite Meinungsbildung bei den Menschen des Gemeinwesens gefördert werden und damit ein vorurteilsfreier Umgang mit den Ergebnisen erfolgen.

Deshalb ist es unverständlich, warum einige Ausschüsse des Gemeinderates Masserberg scheinbar nicht arbeiten. Erst kürzlich ging es in einer Gemeinderatssitzung um den Abwasserausschuss, der wohl seit ca. 18 Monaten nicht arbeitet und in der letzten Gemeinderatssitzung am 23.03.2017 war Ähnliches über den Werkausschuss zu hören. Da stellen sich Fragen nach der Arbeitsweise der anderen Ausschüsse. Einige Gemeinderäte darin vertreten die Initiative „Pro Masserberg", die eine Abspaltung von der Gemeinde Masserberg und damit einen Landkreiswechsel anstreben. Eine fachlich fundierte Arbeitsweise einiger Gemeinderäte zweifeln wir an. Das sind unsere Erfahrungen u.a. im Umgang mit dem Abwasserproblem und der Masserberger Abwassergesellschaft mit dem dazugehörigen Aufsichtsrat. Noch größer wurde der Vertrauensverlust durch Bildung der Fraktion „Pro Masserberg" von CDU- und DIE LINKE-Gemeinderäten. Nach unserer Wahrnehmung hat dies machtpolitische strategische Aspekte, siehe Besetzung der Ausschüsse. Nur ein Gemeinderat vertritt DIE LINKE. Dieser „LINKE"-Gemeinderat stellte in der letzten Gemeinderatssitzung einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Diskussion, als sich Fragen zur Nicht-Arbeit des Werksausschuss und zur Initiative „Pro Masserberg" von Gemeinderäten ergaben, die im Zusammenhang des zu behandelnden Tagesordnungspunktes standen. Warum?

Seit dem Bürgermeisterwechsel 2015 erfolgte in der Gemeinde Masserberg keine Einwohnerversammlung, die eigentlich jährlich vorgeschrieben ist und auch der Tagungsordnungspunkt „Anfragen" im öffentlichen Teil einer Gemeinderatssitzung, sowohl für die Gemeinderäte und die Bürgerschaft, wurde durch Beschluss der Gemeinderäte abgeschafft.

Abschottung ist ein Verhalten vergangener politischer Systeme. Deshalb sollten Diskussion und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Gemeinde Masserberg mit ein Weg zu einem tragfähigen zukünftigen Ziel sein. Über einen Pressevertreter zu versuchen, eine „Botschaft" an die „Touristiker" zu senden, wie es vom Bürgermeister auf der letzten Gemeinderatssitzung zu hören war, ist zu wenig. Zumal unklar blieb, wer als „Touristiker" gemeint ist. Entscheidend wird u.a. mit sein, ob es zukünftig ein gleichwertiges vertrauensvolles Miteinander geben wird, im Gegensatz zu bisherigen Praktiken und Erfahrungen. Lebensqualität der Menschen in einem Gemeinwesen äußert sich nicht nur durch finanzielle Zuflüsse von außen, sondern auch durch die Bildung und Beförderung der Beziehungen der Menschen mit- und untereinander.

Petra und Wolfgang Hinske
Masserberg-OT Einsiedel

Anzeige